Satzung vom 7. März 2017 zur 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lohmar im Rhein Sieg-Kreis vom 20. März 2008

Der Rat der Stadt Lohmar hat aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. November 2016 (GV. NRW. S. 966), in seiner Sitzung am 7. März 2017 folgende 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lohmar im Rhein Sieg-Kreis vom 20. März 2008 beschlossen:

§ 1 Änderung von § 12 der Hauptsatzung

§ 12 der Hauptsatzung der Stadt Lohmar lautet:

(1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.

(2) Sachkundige Bürgerinnen und Bürger und sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung. Dies gilt unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen als stellvertretendes Ausschussmitglied. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt.

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger und sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner erhalten Aufwandsentschädigungen gem. Abs. 2 auch für Sitzungen in Unterausschüssen des Jugendhilfeausschusses.

(3) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufschlags, **der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist**. Der Verdienstaufschlag wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

a)) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf den jeweils geltenden Mindestlohn festgesetzt.

b) Unselbständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstaufschlag gegen entsprechenden Nachweis, z.B. durch Vorlage einer Bescheinigung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers, ersetzt.

- c) Selbstständige können eine besondere Verdienstaufschlagpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelstundensatz übersteigenden Verdienstaufschlag glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
- d) Personen, die
- aa.) einen Haushalt mit
- mindestens zwei Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach § 14 SGB XI ist, oder
- mindestens drei Personen führen
- und
- bb.) nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die mandatsbedingte Abwesenheit vom Haushalt den Regelstundensatz nach Absatz 3 Satz 2 a). Statt des Regelstundensatzes werden auf Antrag die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.
- e) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen.
- f) **Für den Ersatz von Verdienstaufschlag wird der jeweils geltende Höchstbetrag der Entschädigungsverordnung festgelegt.**
- g) Stellvertretende Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister nach § 67 Absatz 1 und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens ~~10~~**acht** Mitgliedern auch eine stellvertretende Vorsitzende oder ein stellvertretender Vorsitzender, mit mindestens ~~20~~**16** Mitgliedern auch **zwei** stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens ~~30~~ 24 Mitgliedern auch **drei** stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 **der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen** zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.
- h) **Von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates grundsätzlich eine Aufwandsentschädigung nach § 46 Satz 1 Nr. 2 GO NRW in Verbindung mit § 3 Absatz. 1 Nr. 6 Entschädigungsverordnung erhalten, werden gemäß § 46 Satz 2 GO NRW folgende weitere Ausschüsse ausgenommen:**

- aa) Ausschuss für Bauen und Verkehr**
- bb) Jugendhilfeausschuss**
- cc) Ausschuss für Kultur, Sport,
Generationen und Partnerschaften**
- dd) Rechnungsprüfungsausschuss**
- ee) Schulausschuss**
- ff) Stadtentwicklungsausschuss**
- gg) Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

- (4) Das Sitzungsgeld wird nur an das zuerst anwesende Mitglied gezahlt. Spätere Vertretungen bleiben unberücksichtigt.
- (5) Findet eine Sitzung an zwei oder mehr Tagen statt und beträgt die Gesamtsitzungsdauer mehr als sechs Stunden, wird den daran teilnehmenden Mitgliedern ein weiteres Sitzungsgeld gezahlt. In diesem Fall erhält das weitere Sitzungsgeld das am maßgeblichen Fortsetzungstag zuerst anwesende Mitglied; spätere Vertretungen bleiben unberücksichtigt.

§ 2 Inkrafttreten

Die Änderungssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.